**Zusammenstellung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und der Privatpersonen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
zum Bebauungsplanes Nr. 36 der Gemeinde Osterrönfeld**

vom: 05.08.2013

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Der Ministerpräsident – Staatskanzlei Vom 25.07.2013</p> <p>Mit Schreiben vom 20.06.2013 (Eingang hier am 26.06.2013) informieren Sie über den geplanten Bebauungsplan Nr. 36 der Gemeinde Osterrönfeld. Gegenstand der Planung ist die Festsetzung eines Allgemeinen Wohngebietes für eine rückwärtige Bebauung der Straße „Am Kamp“ mit Einzel- und Doppelhäusern. Nach Angaben der Begründung zum B-Plan können bis zu 8 Wohneinheiten entstehen. Ich gehe davon aus, dass sich die Planung aus dem Flächennutzungsplan der Gemeinde entwickelt.</p> <p>Aus Sicht der Landesplanung nehme ich zu der Bauleitplanung wie folgt Stellung: Maßgeblich für die Planungen der Gemeinde sind der Regionalplan für den Planungsraum III (Amtsbl. Schl.-H. 20001, Seite 49) sowie der Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2010 (LEP; Amtsbl. Schl.-H. 2010, Seite 719).</p> <p>Im Rahmen der Gebietsentwicklungsplanung haben sich die beteiligten Kommunen, zu denen auch die Gemeinde Osterrönfeld gehört, auf die Festlegungen von Potenzialflächen für Gewerbe und Wohnen (vor allem im Außenbereich) verständigt. Die vorliegende Fläche ist keine Entwicklungsfläche entsprechend des Entwicklungsplans. Sie ist als sogenannte „Weißfläche“ dargestellt. In der bisherigen Kooperationspraxis wurden diese Flächen als „unbedenklich“ im Hinblick auf das Mengengerüst des Entwicklungsplans behandelt. Die Innenbereichserhebung der GEP Rendsburg stuft den vorliegenden Plangeltungsbereich bisher nicht als Potenzialfläche ein. Der Entwicklungsplan für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg weist westlich angrenzend an den Plangeltungsbereich des B-Plans 36 gewerbliche Potenzialflächen aus.</p> <p>Im Hinblick auf den Gebietsentwicklungsplan der Stadt-Umlandkooperation Rendsburg bestehen seitens der Landesplanung zwar keine Bedenken gegenüber der Planung. Aus landesplanerischer Sicht sollte jedoch sichergestellt werden, dass die hier vorgesehene gewerbliche Nutzung nicht durch Schutzansprüche einer Wohnnutzung eingeschränkt wird.</p>	<p>Der Flächennutzungsplan der Gemeinde Osterrönfeld weist das Plangebiet insgesamt als Wohnbaufläche aus.</p> <p>Die Hinweise zu den Grundlagen der Raumordnung und Landesplanung werden zur Kenntnis genommen und ebenso wie die Aussagen zur Gebietsentwicklungsplanung noch in die Begründung eingearbeitet.</p> <p>Die Fortschreibung des Entwicklungsplanes der Gebietsentwicklungsplanung für den Stadt-Umland-Bereich Rendsburg stuft das westlich an den jetzigen Planbereich angrenzende Gebiet westlich des nördlichen Straßenstummels „Am Kamp“ als Entwicklungspotentialfläche für gewerbliche Bauflächen der ersten Prioritätsstufe ein. Für diesen Bereich gilt der Bebauungsplan Nr. 33 B der Gemeinde Osterrönfeld, der in seinem östlichen Teil zunächst eingeschränktes Gewerbegebiet ausweist, bevor in den westlichen Teilen dieses Bebauungsplanes uneingeschränkte Gewerbegebietsflächen festgesetzt sind.</p> <p>Die eingeschränkten Gewerbegebiete sind noch einmal unterteilt. In der südlichen Bereich, im GEE2, sind laut textlicher Festsetzung unter anderem „nicht erheblich belastigende Gewerbebetriebe“ erlaubt. In dem nördlich daran angrenzenden eingeschränkten Gewerbegebiet GEE1 sind unter anderem „hafenbezogene Gewerbebetriebe“ zugelassen.</p> <p>Der Bebauungsplan Nr. 33 B beinhaltet aber auch die textliche Festsetzung Ziffer 6.2 „Schutz vor Gewerbelärm <u>aus dem</u> Plangebiet“, die „zum Schutz der angrenzenden Wohnbebauung außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 33 B vor Gewerbelärm im Geltungsbereich des Bebauungsplanes nur Betriebe und Anlagen zulässt, deren Emissionen die folgenden Emissionskontingente (...) nachts (22:00 Uhr bis 06:00 Uhr) nicht überschreiten.“ Dabei gilt für das südlichere eingeschränkte Gewerbegebiet GEE2 ein Wert von 40 und für das nördlichere eingeschränkte Gewerbegebiet GEE1 von 50.</p>

**Zusammenstellung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und der Privatpersonen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
zum Bebauungsplanes Nr. 36 der Gemeinde Osterröfnfeld**

vom: 05.08.2013

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
	<p>Es kann also davon ausgegangen werden, dass auch für das Gewerbegebiet, das im Osten des jetzigen Plangeltungsbereiches im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 33 B liegt, ausreichender Immissionsschutz für die angrenzende Wohnbebauung vorgeschrieben worden ist.</p> <p>Der Flächennutzungsplan weist südlich der Straße Am Kamp gewerbliche Baubereiche aus, also gegenüber dem jetzigen Plangebiet. Für diesen Bereich gilt der Bebauungsplan Nr. 10 der Gemeinde Osterröfnfeld und insbesondere dessen 1. Änderung, die anschließend an einen 25 m breiten Grünstreifen südlich entlang der Straße Am Kamp, uneingeschränkte Gewerbegebietsflächen ausweisen. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10 beinhaltet allerdings eine textliche Festsetzung folgenden Inhalts:</p> <p>„Zugelassen sind Anlagen, von denen Lärm einer solchen Lautstärke ausgeht, dass in ihrem Einwirkungsbereich die in der VDI-Richtlinie 2058 Blatt 1 für die betroffenen Gebiete festgelegten Lautstärkewerte nicht überschritten werden.“</p> <p>Es kann also davon ausgegangen werden, dass in den südlich angrenzenden Gewerbegebieten ebenfalls nur solche Gewerbebetriebe angesiedelt worden sind, die das Wohnen nördlich der Straße Am Kamp im jetzigen allgemeinen Wohngebiet nicht wesentlich stören.</p>

**Zusammenstellung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und der Privatpersonen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
zum Bebauungsplanes Nr. 36 der Gemeinde Osterrönfeld**

vom: 05.08.2013

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Im Regionalplan für den Planungsraum III wird die nördlich an den B-Plan 36 angrenzende Fläche als Vorranggebiet für den Naturschutz festgelegt. In den Vorranggebieten für Naturschutz hat der Schutz der Natur in ihrer Gesamtheit oder in einzelnen Teilen Vorrang vor allen anderen Nutzungen (vgl. Ziffer 5.2.1 Abs. 2 LEP 2010). Analog bedeutet dies auch, dass bei der vorliegenden Planung darauf zu achten ist, dass keine Beeinträchtigungen des Vorranggebietes entstehen. Auf der Maßstabsebene des Flächennutzungsplans scheint eine Vereinbarkeit grundsätzlich gegeben zu sein. Im Hinblick auf die verbindliche Bauleitplanung ist für diese Fragestellung die Einschätzung der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Rendsburg-Eckernförde maßgeblich.</p> <p>In der Stellungnahme des Kreises Rendsburg-Eckernförde vom 25.07.2013 werden seitens der UNB erhebliche Vorbehalte gegenüber dem B-Plan 36 vorgebracht. Im Hinblick auf das benachbarte Vorranggebiet für den Naturschutz sollten die vorgebrachten Hinweise abgearbeitet werden.</p> <p><u>Eine abschließende landesplanerische Stellungnahme stelle ich insofern zurück.</u> Gleichzeitig weise ich auf Folgendes hin:</p> <p>Vor dem Hintergrund rückläufiger Wohnungsneubaubedarfe sowohl landesweit als auch im Kreis Rendsburg-Eckernförde stellt sich zunehmend das Erfordernis, den Entwicklungsplan der GEP Rendsburg an die geänderten demografischen Rahmenbedingungen anzupassen. In diesem Zusammenhang müssten auch die Innenentwicklungspotenziale, die für jede der Mitgliedskommunen erhoben worden sind, sowie die jetzigen „Weißflächen“ deutlich stärker in den Gesamtzusammenhang einfließen. Insofern halte ich eine zeitnahe Fortschreibung des Entwicklungsplans für dringend erforderlich.</p> <p>Diese Stellungnahme bezieht sich nur auf die Ziele und Grundsätze der Raumordnung und greift einer planungsrechtlichen Prüfung des Bauleitplanes nicht vor. Eine Aussage über die Förderungswürdigkeit einzelner Maßnahmen ist mit dieser landesplanerischen Stellungnahme nicht verbunden.</p>	<p>Die Hinweise zum Vorranggebiet für den Naturschutz werden zur Kenntnis genommen. Auf die Abwägung zur Stellungnahme des Kreises Rendsburg-Eckernförde – untere Naturschutzbehörde – wird dazu verwiesen.</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass noch keine abschließende landesplanerische Stellungnahme vorliegt, sondern diese im nächsten Verfahrensschritt erneut beantragt werden muss.</p> <p>Diese Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Sie betreffen den Bebauungsplan Nr. 36 allerdings nur indirekt und müssen im Rahmen der Gebietsentwicklungsplanung beachtet werden. Eine Umsetzung in der jetzt anstehenden Bauleitplanung kann daher nicht erfolgen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

**Zusammenstellung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und der Privatpersonen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
zum Bebauungsplanes Nr. 36 der Gemeinde Osterröfeld**

vom: 05.08.2013

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Aus Sicht des Innenministeriums (Referat für Städtebau und Ortsplanung, Städtebaurecht) werden ergänzend folgende Hinweise gegeben: In der Begründung sind Aussagen zu den Darstellungen des FNPs aufzunehmen.</p> <p>Aus überörtlicher Sicht des Naturschutzes weist das Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume auf Folgendes hin:</p> <p>1. Die Planung weicht vom Landschaftsplan der Gemeinde Osterröfeld ab, so dass § 9 Abs. 5 BNatSchG Anwendung findet.</p> <p>2. Aufgrund der räumlichen Nähe des Plangebietes zum FFH-Gebiet „Wehrau-Niederung“ (DE-1724-302) ist im Rahmen des Bauleitplanverfahrens eine Verträglichkeitsprüfung gemäß § 34 BNatSchG durchzuführen. Eine frühzeitige Beteiligung der UNB wird insofern für erforderlich gehalten.</p> <p>3. Im Plangebiet befinden sich gesetzlich geschützte Knicks. In die Planunterlagen sind insofern Aussagen zur Eingriffsvermeidung und –minimierung aufzunehmen. Auf die Neuregelungen zum Knickschutz, die mit Änderung der Biotopverordnung am 28.06.2013 und dem Erlass von Durchführungsbestimmungen zum Knickschutz am 01.07.2013 in Kraft getreten sind, wird verwiesen. Diese Regelungen sind zu beachten. Ansonsten hat die UNB zu der Planung eine Stellungnahme abgegeben. Die hierbei vorgetragenen Aspekte sind entsprechend zu berücksichtigen.</p>	<p>In die Begründung werden noch Aussagen über die Ausweisungen des Flächennutzungsplanes eingearbeitet. Der Flächennutzungsplan weist das Plangelände, wie bereits erwähnt, als Wohnbaufläche aus.</p> <p>Zu 1.: Der Hinweis auf die Darstellungen des Landschaftsplans wird zur Kenntnis genommen und deckt sich mit den bisherigen Inhalten der Kurzeinschätzung des Umweltberichtes. Nicht zuletzt aufgrund der Abweichungen ist im Zusammenhang mit dem B-Plan aufgrund der Waldumwandlung mit erheblichen negativen Auswirkungen zu rechnen. Der Umweltbericht wird entsprechende Inhalte aufnehmen und diese werden im Rahmen der Abwägung entsprechend berücksichtigt. In Teil 1 der Begründung wird die Abweichung vom Landschaftsplan gem. § 9 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG entsprechend begründet.</p> <p>Zu 2.: Auf den Abwägungsvorschlag zur Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde des Kreises Rendsburg-Eckernförde wird hierzu verwiesen.</p> <p>Zu 3.: Auf den Abwägungsvorschlag zur Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde des Kreises Rendsburg-Eckernförde wird hierzu verwiesen.</p>

**Zusammenstellung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und der Privatpersonen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
zum Bebauungsplanes Nr. 36 der Gemeinde Osterrönfeld**

vom: 05.08.2013

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Kompetenzzentrum Baumanagement Kiel Vom 08.07.2013</p> <p>Durch die im Betreff aufgeführten Planungen werden Belange der Bundeswehr berührt. Das Plangebiet liegt innerhalb des Interessenbereiches der Verteidigungsanlage Brekendorf. Des Weiteren sind Schutzbereiche für Anlagen und Geräte der militärischen Flugsicherung für den Flugplatz Hohn betroffen. Gegen die Planungen bestehen jedoch keine Bedenken.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Da gegen die Planungen trotz der bundeswehrtechnischen Interessenlage keine Bedenken bestehen, sind Änderungen in der Städtebauplanung nicht notwendig.</p>

**Zusammenstellung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und der Privatpersonen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
zum Bebauungsplanes Nr. 36 der Gemeinde Osterrönfeld**

vom: 05.08.2013

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Stadt Rendsburg Fachdienst Stadtentwicklung Vom 04.07.2013</p> <p>Im Rahmen der o.g. Bauleitplanung beabsichtigt die Gemeinde Osterrönfeld eine rückwärtige Bebauung der Grundstücke „Am Kamp“ zur Arrondierung der Wohnlage in Osterrönfeld zu ermöglichen. Bei einer Umsetzung der Planung wären bis zu acht neue Wohneinheiten möglich. Die Bebauung der Gemeinde Osterrönfeld wäre damit an dieser Stelle und an diesem Ortsrand abgeschlossen.</p> <p>Das zur Überplanung anstehende Areal ist in keine Prioritätsstufe des fortgeschriebenen Gebietsentwicklungsplanes (GEP) des Lebens- und Wirtschaftsraumes Rendsburg eingestuft. Somit sind die Ziele der Gebietsentwicklungsplanung nicht betroffen und es entfällt die Abstimmungspflicht mit den Umlandgemeinden.</p> <p>Aus Sicht der Stadt Rendsburg bestehen grundsätzlich keine Bedenken gegen das o.g. Bauleitplanverfahren. Aufgrund der vorgesehenen Ausweisung des Areals als allgemeines Wohngebiet sind Konflikte mit den umliegenden Nutzungen insbesondere hinsichtlich der auftretenden Schallemissionen nicht ausgeschlossen.</p> <p>Daher wird angeregt in Rahmen eines Schallgutachtens die folgenden Nutzungen bzw. zukünftigen Nutzungen zu berücksichtigen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Kreishafen Rendsburg-Eckernförde 2) Neuer Hafen Kiel-Kanal und 3) Bebauungsplan Nr. 94 „Zum Hafen“ der Stadt Rendsburg <p>Weiterführende Unterlagen zum Bebauungsplan Nr. 94 sind diesem Schreiben als Anlage beigelegt.</p> <p>Schleswig-Holstein Netz AG Vom 09.07.2013</p> <p>Wir haben Ihr Schreiben vom 20.06.2013 zur Kenntnis genommen. Aufgrund Ihrer Anfrage teilen wir Ihnen mit, dass unsererseits keine Bedenken bestehen, sofern bei der Baumaßnahme unsere Versorgungsleitungen berücksichtigt werden. Für die Planung notwendige Bestandspläne der Schleswig-Holstein Netz AG erhalten Sie unter leitungsauskunft@sh-netz.com. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, dass für den Ausbau des Versorgungsnetzes im Bebauungsplan ein Zeitraum von 3 Monaten benötigt wird und bitten daher um entspr. Abstimmung für die Baudurchführung.</p>	<p>Die Hinweise zur Gebietsentwicklungsplanung werden zur Kenntnis genommen. Entsprechende Aussagen sind in der Begründung bereits vorhanden. Auf die landesplanerische Stellungnahme wird zu diesem Themenkreis ebenfalls hingewiesen.</p> <p>Zur Abklärung der Immissionssituation auch hinsichtlich des Verkehrs auf der Kreisstraße 27, die zwischenzeitlich die Landesstraße 255 geworden ist, und des Eisenbahn- sowie Schiffsverkehrslärms wird ein Immissionsschutzgutachten erstellt. Dessen Ergebnisse werden in die Bebauungsplanung übernommen. Auf den entsprechenden Abwägungsvorschlag zum Schreiben des Ministerpräsidenten – Staatskanzlei – vom 25.07.2013 wird zusätzlich verwiesen.</p> <p>Da der Bebauungsplan Nr. 94 gerade erst aufgestellt wird, muss im Rahmen dieses neuen Rendsburger Bebauungsplanes Immissionsschutz für die vorhandene und neu zugelassene Bebauung dieses Bebauungsplanes Nr. 36 der Gemeinde Osterrönfeld berücksichtigt werden. Auf die Altbebauung und ältere Städtebauplanung muss der ganz neue Bebauungsplan der Stadt Rendsburg, für den zunächst nur ein Aufstellungsbeschluss vorliegt, Rücksicht nehmen und daher entsprechenden Immissionsschutz selbst regeln.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Versorgungsleitungen liegen nicht im Bereich der Wohnbauflächen.</p> <p>Entsprechende Aussagen werden noch in die Begründung eingearbeitet.</p>

**Zusammenstellung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und der Privatpersonen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
zum Bebauungsplanes Nr. 36 der Gemeinde Osterrönfeld**

vom: 05.08.2013

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>AWR mbH Vom 01.07.2013</p> <p>Vielen Dank für die Übersendung der Unterlagen für das vorstehende genannte Planvorhaben. Da in dem vorliegenden Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 36 der Gemeinde Osterrönfeld die für eine reibungslose Durchführung der Müllabfuhr maßgebenden Unfallverhütungsvorschriften beachtet wurden und die Durchführung der Müllabfuhr bei einer Bauausführung entsprechend des Planentwurfes ohne Probleme möglich ist, haben wir zu dem geplanten Bebauungsplan keine Einwendungen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und noch entsprechende Aussagen in die Begründung eingearbeitet.</p>
<p>Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Regionaldezernat Mitte, Technischer Umweltschutz, Flintbek Vom 03.07.2013</p> <p>Ausgehend von den übersandten Planunterlagen erfolgt folgende Stellungnahme: Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen, die Wohnbebauung an der geplanten Stelle weiter zu verdichten, da die Immissionsrichtwerte durch die Ansiedlung des neuen Hafens Kiel-Canal und die Bauleitplanung der B-Pläne Nr. 33a und 33b für die Gemeinde Osterrönfeld bereits ausgeschöpft werden. Es ist daher im weiteren Bauleitplanverfahren eine schalltechnische Untersuchung vorzulegen, aus der hervorgeht, dass die Immissionsrichtwerte für das geplante WA-Gebiet unter Berücksichtigung der Vorbelastung durch die Vorhaben im Rahmen des neuen Hafens Kiel-Canal, der Bebauungspläne Nr. 10, 33a, 33b der Gemeinde Osterrönfeld und des geplanten Bebauungsplanes Nr. 94 der Stadt Rendsburg eingehalten werden.</p>	<p>Die Fortschreibung des Entwicklungsplanes der Gebietsentwicklungsplanung für den Stadt-Umland-Bereich Rendsburg stuft das westlich an den jetzigen Planbereich angrenzende Gebiet westlich des nördlichen Straßenstummels „Am Kamp“ als Entwicklungspotentialfläche für gewerbliche Bauflächen der ersten Prioritätsstufe ein. Für diesen Bereich gilt der Bebauungsplan Nr. 33 B der Gemeinde Osterrönfeld, der in seinem östlichen Teil zunächst eingeschränktes Gewerbegebiet ausweist, bevor in den westlichen Teilen dieses Bebauungsplanes uneingeschränkte Gewerbegebietsflächen festgesetzt sind.</p> <p>Die eingeschränkten Gewerbegebiete sind noch einmal unterteilt. In der südlichen Bereich, im GEe2, sind laut textlicher Festsetzung unter anderem „nicht erheblich belästigende Gewerbebetriebe“ erlaubt. In dem nördlich daran angrenzenden eingeschränkten Gewerbegebiet GEe1 sind unter anderem „hafenbezogene Gewerbebetriebe“ zugelassen.</p> <p>Der Bebauungsplan Nr. 33 B beinhaltet aber auch die textliche Festsetzung Ziffer 6.2 „Schutz vor Gewerbelärm <u>aus</u> dem Plangebiet“, die „zum Schutz der angrenzenden Wohnbebauung außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 33 B vor Gewerbelärm im Geltungsbereich des Bebauungsplanes nur Betriebe und Anlagen zulässt, deren Emissionen die folgenden Emissionskontingente (...) nachts (22:00 Uhr bis 06:00 Uhr) nicht überschreiten.“ Dabei gilt für das südlichere eingeschränkte Gewerbegebiet GEe2 ein Wert von 40 und für das nördlichere eingeschränkte Gewerbegebiet GEe1 von 50.</p>

**Zusammenstellung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und der Privatpersonen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
zum Bebauungsplanes Nr. 36 der Gemeinde Osterrönfeld**

vom: 05.08.2013

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
	<p>Es kann also davon ausgegangen werden, dass auch für das Gewerbegebiet, das im Osten des jetzigen Plangeltungsbereiches im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 33 B liegt, ausreichender Immissionsschutz für die angrenzende Wohnbebauung vorgeschrieben worden ist.</p> <p>Der Flächennutzungsplan weist südlich der Straße Am Kamp gewerbliche Baubereiche aus, also gegenüber dem jetzigen Plangebiet. Für diesen Bereich gilt der Bebauungsplan Nr. 10 der Gemeinde Osterrönfeld und insbesondere dessen 1. Änderung, die anschließend an einen 25 m breiten Grünstreifen südlich entlang der Straße Am Kamp, uneingeschränkte Gewerbegebietsflächen ausweisen. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10 beinhaltet allerdings eine textliche Festsetzung folgenden Inhalts:</p> <p>„Zugelassen sind Anlagen, von denen Lärm einer solchen Lautstärke ausgeht, dass in ihrem Einwirkungsbereich die in der VDI-Richtlinie 2058 Blatt 1 für die betroffenen Gebiete festgelegten Lautstärkewerte nicht überschritten werden.“</p> <p>Es kann also davon ausgegangen werden, dass in den südlich angrenzenden Gewerbegebieten ebenfalls nur solche Gewerbebetriebe angesiedelt worden sind, die das Wohnen nördlich der Straße Am Kamp im jetzigen allgemeinen Wohngebiet nicht wesentlich stören.</p> <p>Nördlich des Plangebietes, wiederum nördlich der dortigen Freiflächen, die als FFH-Gebiet eingestuft sind, wurde „der neue Hafen Kiel-Canal“ eingerichtet. Im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 33 B sowie des Planfeststellungsverfahrens für den Bau und Betrieb der Hafenanlage des „Nerune Hafens Kiel Canal“ wurde eine Lärmuntersuchung erstellt, die sowohl den Gewerbe- als auch den Verkehrslärm beurteilt hat. Diese Lärmuntersuchung ist Bestandteil der Begründung des Bebauungsplanes Nr. 33 B sowie des Planfeststellungsverfahrens geworden. Da diese Lärmuntersuchung aus dem Jahre 2008 stammt und keine wesentlichen Veränderungen der Situation im Hafenbereich eingetreten sind, kann die Lärmuntersuchung zum Bebauungsplan Nr. 33 B und zum Planfeststellungsverfahren hinsichtlich des Hafentürms jetzt auch für den Bebauungsplan Nr. 36 Anwendung finden. Im Rahmen der Lärmuntersuchung wurde als nächst gelegene schutzbedürftige Bebauung auch der Bereich des jetzigen Bebauungsplanes Nr. 36 mit untersucht. Im Rahmen dieser Immissionsschutzuntersuchung wurde auch festgestellt, dass</p> <p>„zusammenfassend festzuhalten ist, dass der geplante Hafenbetrieb mit dem Schutz der Nachbarschaft tags grundsätzlich verträglich ist. Vielmehr verbleiben noch Spielräume für weitere Entwicklungen. In der Nacht ist jedoch nur ein wasserseitiger Containerumschlag</p>

**Zusammenstellung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und der Privatpersonen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
zum Bebauungsplanes Nr. 36 der Gemeinde Osterröfnfeld**

vom: 05.08.2013

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
	<p>im begrenzten Umfang möglich. Andere Umschlagstätigkeiten sowie Lkw- Zu- und Abfahrten sind für den Regelbetrieb auszuschließen. Die Sicherstellung der immissionsschutzrechtlichen Anforderungen an den Hafenbetrieb wird im Rahmen des Planfeststellungsbeschlusses festgeschrieben.“ (Ziffer 6.3 der Lärmuntersuchung zum Bebauungsplan Nr. 33 B)</p> <p>Daher kann davon ausgegangen werden, dass die Wohnbebauung im jetzigen Plangebiet durch die Regelungen im Planfeststellungsbeschluss für den Neubau des Hafens auch ausreichend vor Hafenzulärm geschützt ist.</p> <p>Um im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 36 aber auch hinsichtlich des vorliegenden Verkehrslärms gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse gewährleisten zu können, muss nun noch ein Immissionsschutzgutachten, das den Straßen, Bahn- und Schiffsverkehr berücksichtigt, erarbeitet werden. Dessen Ergebnisse werden dann, wahrscheinlich in Form von Lärmpegelbereichen und passiven Schallschutzmaßnahmen in den Bebauungsplan Nr. 36 aufgenommen..</p> <p>So kann insgesamt ein ausreichender Schutz der Wohnbebauung im Bebauungsplan Nr. 36 vor allen Lärmarten sicher gestellt werden.</p>

**Zusammenstellung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und der Privatpersonen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
zum Bebauungsplanes Nr. 36 der Gemeinde Osterrönfeld**

vom: 05.08.2013

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Wasser- und Schifffahrtsamt Kiel-Holtenau Vom 03.07.2013</p> <p>Mit Ihrem, unter Bezug bezeichneten Schreiben haben Sie mir die oben bezeichneten B-Planunterlagen zur Stellungnahme übersandt. Ich gebe folgende Stellungnahme zum oben genannten Vorhaben ab: Die Errichtung neuer Wasser-Einleitungsstellen oder die höhere Beaufschlagung bestehender Einleitungsstellen – auch durch indirekte Einleitung – in die Bundeswasserstraße Nord-Ostsee-Kanal sind dem Wasser- und Schifffahrtsamt Kiel-Holtenau anzuzeigen. Die Anzeigepflicht ergibt sich aus § 31 Bundeswasserstraßengesetz.</p>	<p>Die Stellungnahme und der Hinweis auf die Anzeigepflicht bei erhöhter Wassereinleitung werden zur Kenntnis genommen und noch in die Begründung eingearbeitet.</p>
<p>NABU Vom 03.07.2013</p> <p>Vielen Dank für die zugeschickten Unterlagen. Der NABU Schleswig-Holstein gibt aus organisatorischen Gründen keine Stellungnahme zu dem o.a. Vorhaben ab. Der NABU bittet um weitere Beteiligung am Verfahren.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und der NABU im weiteren Verfahren beteiligt.</p>
<p>Archäologisches Landesamt S-H Vom 17.07.2013</p> <p>Wir können zurzeit keine Auswirkungen auf archäologische Kulturdenkmäler durch die Umsetzung der vorliegenden Planung feststellen. Daher haben wir keine Bedenken. Wenn während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist die Denkmalschutzbehörde unverzüglich zu benachrichtigen und die Fundstelle bis zum Eintreffen der Fachbehörde zu sichern. Verantwortlich hier sind gem. § 14 DSchG (In der Neufassung vom 12. Januar 2012) der Grundstückseigentümer und der Leiter der Arbeiten.</p>	<p>Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen und noch entsprechende Aussagen in die Begründung übernommen.</p>

**Zusammenstellung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und der Privatpersonen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
zum Bebauungsplanes Nr. 36 der Gemeinde Osterrönfeld**

vom: 05.08.2013

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr S-H NL Rendsburg vom 15.07.2013</p> <p>In der Anlage gebe ich eine Ausfertigung der Begründung und des Entwurfes zum B-Plan Nr. 36 der Gemeinde Osterrönfeld zurück.</p> <p>Seitens des Landesbetriebes Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein Niederlassung Rendsburg bestehen gegen den o.a. Bauleitplan in straßenbaulicher und straßenverkehrlicher Hinsicht keine Bedenken, wenn folgendes beachtet wird:</p> <p>An der Einmündung der Zufahrten sind Sichtflächen gem. RAST 06 (Ausgabe 2006) Ziff. 6.3.9.3 auszuweisen. Die Sichtflächen sind von jeglicher Bebauung und Bepflanzung über 0,80 m Höhe über Fahrbahnoberkante dauernd freizuhalten.</p> <p>Bei der im B-Plan mit K 27 bezeichneten Straße handelt es sich um die Landesstraße L 255. Die Unterlagen sind entsprechend zu berichtigen.</p> <p>Hinweis: Für die neue Wohnbebauung ist Lärmsanierung zu Lasten des Landes als Baulastträger der Landesstraße 255 ausgeschlossen. Es ist mit erheblicher Beeinträchtigung der Wohnnutzung durch Verkehrslärm und erheblich zunehmenden Verkehrslärm zu rechnen.</p>	<p>Die Sichtflächen werden noch in die Planzeichnung eingearbeitet und eine entsprechende textliche Festsetzung dann aufgenommen, wenn diese Sichtflächen tatsächlich die Grundstücke berühren.</p> <p>Die Straßenbezeichnung wird berichtigt. Es wird zur Kenntnis genommen, dass es sich bei der Straße „Am Kamp“ nunmehr um die Landesstraße 255 handelt. Auch wegen dieser neuen Einstufung der Straße und den dadurch bedingten zusätzlich zu erwartenden Verkehr wird ein Lärmschutzgutachten zum Verkehrslärm erstellt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Auf die Ausführungen zum Immissionsschutz für die Wohnnutzung im Rahmen der Abwägung der landesplanerischen Stellungnahme des Ministerpräsidenten – Staatskanzlei – vom 25.07.2013 zu Beginn dieser Abwägungsliste wird dazu verwiesen.</p>

**Zusammenstellung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und der Privatpersonen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
zum Bebauungsplanes Nr. 36 der Gemeinde Osterrönfeld**

vom: 05.08.2013

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Kreis Rendsburg-Eckernförde Vom 25.07.2013</p> <p>Zur vorliegenden Bauleitplanung, hier eingegangen am 21. Juni 2013, nehme ich wie folgt Stellung:</p> <p>Das Vorhaben war Gegenstand bereits mehrerer Vorgespräche (ab 2010). Da die jetzt vorgelegte Planung den vorherigen Abstimmungen im Wesentlichen entspricht, bestehen im Grundsatz keine Bedenken.</p> <p>Die Aussagen in der Begründung sind im Zusammenhang mit dem Immissionsschutz jedoch zu ergänzen. Da das Baugebiet – wenngleich beidseitig unmittelbar von Wohnbauten umfassen und geprägt – nicht nur verkehrlich durch die Eisenbahnhochbrücke über den Nord-Ostsee-Kanal und die Kreisstraße vorbelastet ist, sollten ebenfalls Aussagen zum westlich angrenzenden Gewerbe- und Hafengebiet und dessen Einfluss auf das Wohngebiet getroffen werden. Im Übrigen wird auf das Rücksichtnahmegebot bzw. auf die Berücksichtigung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB verwiesen.</p> <p>Darüber hinaus nehmen die von hier aus beteiligten Dienststellen wie folgt Stellung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <u>Fachdienst Verkehr</u> (Straßenverkehrsbehörde) <p>Es bestehen keine Bedenken, sofern im Bereich der Einmündungen der „GFL-Flächen“ in die K 27 ausreichend bemessene Sichtdreiecke zum Schutz der Radfahrer geschaffen werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> • <u>Fachdienst Gesundheitsdienste</u> <p>Bei Beachtung des Immissionsschutzgutachtens bestehen keine weiteren Bedenken.</p>	<p>Diese Aussage wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Begründung wird noch um Aussagen zum Immissionsschutz ergänzt. Dabei werden der entsprechende Abwägungsvorschlag zur landesplanerischen Stellungnahme des Ministerpräsidenten – Staatskanzlei vom 25.07.2013 zu Beginn dieser Abwägungsliste und die Aussagen des zu erstellenden Immissionsschutzgutachtens berücksichtigt.</p> <p>Die Sichtflächen werden im Bebauungsplan eingetragen.</p> <p>Auf den Abwägungsvorschlag zum Immissionsschutz zur landesplanerischen Stellungnahme des Ministerpräsidenten – Staatskanzlei – vom 25.07.2013 zu Beginn dieser Liste wird verwiesen.</p>

**Zusammenstellung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und der Privatpersonen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
zum Bebauungsplanes Nr. 36 der Gemeinde Osterrönfeld**

vom: 05.08.2013

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>• <u>Fachdienst Untere Naturschutzbehörde</u></p> <p>Aus Sicht von Naturschutz und Landschaftspflege bestehen gegenüber dem geplanten Vorhaben in der vorliegenden Form erhebliche Vorbehalte. Das Gebiet grenzt von Süden unmittelbar an das Flora-Fauna-Habitat-Gebiet DE 1724-302 „Wehrau- Niederung“ als Teil der kohärenten europaweiten Schutzgebietskulisse Natura 2000. Darüber hinaus widerspricht das Vorhaben der Darstellung des Landschaftsplans, wonach wesentliche Teile des Plangeltungsbereiches mit einer geschlossenen Gehölzfläche bestockt sind. Die dort dargestellte Waldfläche wurde gleichfalls im Jahr 2012 beseitigt. In die Vorabstimmung mit der örtlichen Forstbehörde – wie im Umweltbericht dargestellt – wurde die untere Naturschutzbehörde nicht eingebunden.</p> <p>Aufgrund der direkten Nachbarschaft des FFH-Gebietes sind gemäß § 34 Abs. 1 BNatSchG Projekte, in diesem Fall die Ausweisung des Bebauungsplangebietes vor ihrer Zulassung auf ihre Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen des entsprechenden FFH-Gebietes als Teil der Natura 2000 Gebietskulisse hin zu untersuchen. Ergibt die Prüfung der Verträglichkeit, dass das Projekt zu erheblichen Beeinträchtigungen des Gebietes in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen führen kann, ist es gemäß § 34 Abs. 2 BNatSchG unzulässig. Dieser Nachweis wird mit den vorliegenden Unterlagen nicht erbracht.</p> <p>Der im nördlichen Randbereich des Plangeltungsbereichs zu dem FFH-Gebiet vorgesehene Gehölzstreifen ist aufgrund seiner geringen Breite von nur 5 m nicht geeignet, hier eine entsprechende Schutz- und Pufferfunktion zum FFH-Gebiet wahrnehmen zu können. Im Übrigen fehlen jegliche Angaben zur geplanten Qualität, der Pflanzenzusammensetzung und Pflanzdichte des Gehölzstreifens.</p>	<p>Die Hinweise zum FFH-Gebiet und den Darstellungen des Landschaftsplans bzw. dem Waldbestand werden zur Kenntnis genommen und decken sich mit den bisherigen Inhalten der Kurzfassung des Umweltberichtes.</p> <p>Für den Geltungsbereich erfolgt im August 2013 eine aktuelle Biotoptypenkartierung. Hierbei wird u.a. auch geprüft, inwieweit der Waldbestand ggf. beseitigt wurde. Der Hinweis auf eine fehlende Beteiligung der UNB bei der Vorabstimmung mit der UFB wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Im Jahr 2011 wurde eine sog. ‚FFH-Vorprüfung‘ durchgeführt. Das Ergebnis wurde irrtümlich im Verfahren nach § 4 (1) BauGB nicht mitgeschickt. Der UNB wurde die Vorprüfung am 2.8.2013 zur weiteren Abstimmung zugeschickt. Die Gemeinde geht z.Zt. davon aus, dass nach der Vorprüfung zusammenfassend keine Anhaltspunkte für Beeinträchtigungen des Netzes Natura 2000 vorliegen und die Vorprüfung als ausreichend angesehen wird. Das Ergebnis der Abstimmung mit der UNB ist abzuwarten und im Rahmen der weiteren Bearbeitung zu berücksichtigen.</p> <p>Der 5 m breite Gehölzstreifen dient in erster Linie dem Zweck der Ortsrandgestaltung und damit der Einbindung baulicher Anlagen und der Wohnnutzung gegenüber der sog. Nördlich angrenzenden ‚freien Landschaft‘ sowie dem Erhalt naturnaher Gehölzstrukturen und damit der Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen im Sinne der Eingriffsregelung. Die Breite des Gehölzstreifens orientiert sich in erster Linie an dem bestehenden Gehölzstreifen auf dem Flurstück 75/24 mit der dort bereit vorhandenen und genehmigten Wohnbebauung an der nördlichen Grenze des Geltungsbereiches. Aus Gründen der Gleichbehandlung wird die Breite als ausreichend und verhältnismäßig bewertet.</p> <p>Beeinträchtigungen der Schutz- und Erhaltungsziele des FFH-Gebietes sind - unabhängig von der Breite des Gehölzstreifens – derzeit nicht erkennbar zu erwarten. Ein entsprechender inhaltlicher Zusammenhang ist daher ebenso nicht erkennbar. Eine Verbreiterung des Gehölzstreifens aus diesem Grund wird daher nicht für erforderlich gehalten.</p> <p>Angaben zur geplanten Qualität, der Pflanzenzusammensetzung und Pflanzdichte des Gehölzstreifens werden im weiteren Verfahren erarbeitet und konkretisiert.</p>

**Zusammenstellung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und der Privatpersonen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
zum Bebauungsplanes Nr. 36 der Gemeinde Osterröfnfeld**

vom: 05.08.2013

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Fehlerhafte Darstellung der besonders geschützten Knicks: Wie in der beiliegenden Anlage grün dargestellt, befinden sich im Plangeltungsbereich nicht nur die im Umweltbericht genannten Knicks, sondern weitere Knickstrukturen, die sich bis zur nördlichen Grenze des Planungsgebietes erstrecken. Die Knicks unterliegen dem besonderen gesetzlichen Schutz nach § 21 Abs. 1 Nr. 4 (LNatSchG) in Verbindung mit § 30 Abs. 1 BNatSchG.</p> <p>Nach § 30 Abs. 2 BNatSchG sind sämtliche Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung des Knicks einschließlich seines Schutzstreifens führen. Insofern sind die besonders geschützten Knickstrukturen nachrichtlich in die Satzung zu übernehmen.</p> <p>Ein Eingriff in diese besonders geschützten Knicks ist nur im Rahmen einer Ausnahme von den Bestimmungen des besonderen Knickschutzes seitens der zuständigen unteren Naturschutzbehörde des Kreises möglich. Diese wird nur erteilt werden können, wenn das besondere Erfordernis der Eingriffe in die Knickstrukturen begründet, ein adäquater Ausgleich durch Knickneuanlage im Verhältnis 1:2 innerhalb des Plangeltungsbereichs nachgewiesen und hinreichende Schutzmaßnahmen der bestehenden Knicks durch die Ausweisung entsprechender Knickschutzstreifen planungsrechtlich abgesichert werden.</p> <p>Allerdings wird weder in der Begründung zum Bebauungsplan noch im Umweltbericht hinreichend begründet, wieso Eingriffe in die Knicks in dem beschriebenen Umfang erforderlich sein sollten und wo und in welcher Weise beabsichtigt ist, den Eingriff in die besonders geschützten Knickstrukturen zu kompensieren. Diesbezüglich besteht dringender Ergänzungsbedarf.</p>	<p>Die von der UNB dargestellten Knicks stimmen mit den im Umweltbericht dargestellten Knicks weitgehend überein (vgl. Umweltbericht Abbildung auf Seite 5 – hier jedoch nur zeichnerische Darstellung und ohne Legende, daher schwer erkennbar). Unklarheiten bestehen lediglich auf dem Flurstück 77/2 in dem südlichen Drittel des Grundstücks). Der Hinweis wird zusammenfassend zur Kenntnis genommen. Die Knicks werden nach einer Ortsbegehung in einem Bestandplan auf Basis einer Biotoptypenkartierung als geschützte Biotope gesondert dargestellt.</p> <p>Der gesetzliche Hinweis wird zur Kenntnis genommen und deckt sich mit den bisherigen Inhalten der Kurzfassung des Umweltberichtes.</p> <p>Auf Grundlage der bisherigen Planung ist mit erheblichen Knickbeseitigungen zu rechnen. Demnach soll lediglich der Knickabschnitt an der nordöstlichen Grenze des Geltungsbereiches erhalten werden (hier auch wie von der UNB gefordert nachrichtliche Übernahme).</p> <p>Die erforderliche Begründung für die Knickbeseitigungen sowie Darstellung der geplanten Ausgleichsmaßnahmen werden im weiteren Verfahren inhaltlich präzisiert und dargestellt. Die Gemeinde geht hierbei aber davon aus, dass die Ausgleichsmaßnahmen nicht – wie von der UNB gefordert - innerhalb des Plangeltungsbereiches erbracht werden müssen, sondern sich die Erforderlichkeiten aus den Durchführungsbestimmungen zum Knickschutz vom 13.06.2013 ergeben (vgl. Amtsblatt f. S.-H. 2013, Nr. 27 Ausgabe 1.7.2013).</p> <p>Darüber hinaus geht die Gemeinde davon aus, dass durch den 3 m breiten Knickschutzstreifen ein hinreichender Schutz des zu erhaltenden Knick erreicht werden kann (hier u.a. Verbot von baulichen Anlagen sowie Abgrabungen und Aufschüttungen – Detail werden im weiteren Verfahren erarbeitet).</p> <p>Die entsprechenden Inhalte werden - wie oben dargestellt - im weiteren Verfahren erarbeitet und dargestellt.</p>

**Zusammenstellung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und der Privatpersonen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
zum Bebauungsplanes Nr. 36 der Gemeinde Osterröfnfeld**

vom: 05.08.2013

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Gleichfalls war ein Großteil des Plangeltungsbereichs mit einer geschlossenen Waldfläche bestockt, der im Vorwege einer Bauvoranfrage für ein dort befindliches Flurstück beseitigt worden ist. Insofern ist diese kompensationspflichtige Waldbeseitigung im Umweltbericht mittels einer Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung zu erfassen und entsprechender Ausgleich nachzuweisen.</p> <p>In gleicher Weise sind die Eingriffe in die Schutzgüter „Boden“, „Arten- und Lebensgemeinschaften“ und das „Orts- und Landschaftsbild“ darzustellen und durch geeignete Kompensationsmaßnahmen in Art und Umfang dezidiert darzustellen.</p> <p>All das fehlt den Planunterlagen und ist entsprechend zu ergänzen.</p> <p>Die wasserbaulichen Maßnahmen bedürfen der Genehmigung durch die untere Wasserbehörde.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Entsprechende Inhalte sind - wie in der Kurzfassung des Umweltberichtes in der Einleitung dargestellt – noch nicht Inhalt der Kurzfassung im Verfahren nach § 4 (2) BauGB sondern werden erst (aber selbstverständlich) im weiteren Verfahren erarbeitet und der UNB im Verfahren nach § 4 (2) BauGB zur Stellungnahme vorgelegt.</p> <p>Entsprechende Inhalte sind - wie in der Kurzfassung des Umweltberichtes in der Einleitung dargestellt – noch nicht Inhalt der Kurzfassung im Verfahren nach § 4 (2) BauGB sondern werden erst (aber selbstverständlich) im weiteren Verfahren erarbeitet und der UNB im Verfahren nach § 4 (2) BauGB zur Stellungnahme vorgelegt.</p> <p>Die entsprechenden Inhalte werden - wie oben dargestellt - im weiteren Verfahren erarbeitet und dargestellt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

**Zusammenstellung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und der Privatpersonen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
zum Bebauungsplanes Nr. 36 der Gemeinde Osterrönfeld**

vom: 05.08.2013

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<ul style="list-style-type: none"> • <u>Fachdienst Wasser, Bodenschutz und Abfall</u> (untere Wasserbehörde, Abwasser) Die zusätzlich anfallenden Regen- und Schmutzwassermengen dürfen die bestehenden Regen- und Schmutzwasseranlagen nicht überlasten. Gemäß § 60 WHG sind die vorhandenen Abwasseranlagen den jeweils in Betracht kommenden Regeln der Abwassertechnik anzupassen. • <u>Fachdienst Wasser, Bodenschutz und Abfall</u> (untere Bodenschutzbehörde) Es bestehen grundsätzlich keine Bedenken. Innerhalb des Plangeltungsbereichs befinden sich nach heutigem Kenntnisstand keine Altablagerungen und keine Altstandorte. Sollten jedoch bei der Umsetzung der Planvorgaben der verbindlichen Bauleitplanung Bodenverunreinigungen zu Tage gefördert werden, ist die untere Bodenschutzbehörde des Kreises umgehend unter der Telefonnummer 04331/202-517 in Kenntnis zu setzen. Die weiteren Maßnahmen werden von dort aus abgestimmt. <p>Weitere Anregungen werden zu diesem Zeitpunkt vom Kreis Rendsburg-Eckernförde nicht vorgetragen. Ich bitte, mich über den Fortgang des Verfahrens auf dem Laufenden zu halten.</p> 	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und bei der tatsächlichen Bauausführung beachtet. Da nur wenige neue Wohneinheiten entstehen können, ist die Ableitung des zusätzlich anfallenden Schmutzwassers kein Problem. In diesem Zusammenhang wird auf die Stellungnahme des Abwasserzweckverbandes vom 11.07.2013 verwiesen.</p> <p>Der Hinweis auf nicht vorhandene Altablagerungen und Altstandorte wird zur Kenntnis genommen und noch in die Begründung eingearbeitet.</p>

**Zusammenstellung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und der Privatpersonen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
zum Bebauungsplanes Nr. 36 der Gemeinde Osterrönfeld**

vom: 05.08.2013

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Deutsche Telekom Technik GmbH Vom 23.07.2013</p> <p>Die Deutsche Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) – als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i.S.v. § 68 Abs. 1 TKG – hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o.g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Wir danken für die übersandten Informationen zu der geplanten Maßnahme. Äußerungen oder Anregungen aus unserem Aufgabengebiet im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung haben wir nicht vorzubringen.</p> <p>Wir bitten folgende fachliche Festsetzungen in den Bebauungsplan aufzunehmen: In allen Straßen bzw. Gehwegen sind geeignete und ausreichende Trassen mit einer Leitungszone in einer Breite von ca. 0,2 m für die Unterbringung der Telekommunikationslinien der Telekom vorzusehen.</p> <p>Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das „Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 1989; siehe insbesondere Abschnitt 3, zu beachten. Wir bitten sicherzustellen, dass durch die Baumpflanzungen der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung der Telekommunikationslinien der Telekom nicht behindert werden.</p> <p>Im Baugebiet werden Verkehrsflächen nicht als öffentliche Verkehrsweg gewidmet, sondern gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB als mit einem Leitungsrecht zu Gunsten der Anlieger und Versorgungsträger zu belastende Fläche festgesetzt.</p>	<p>Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es erfolgt keine Aufnahme einer entsprechenden textlichen Festsetzung, sondern lediglich ein Hinweis in der Begründung. Telekommunikationsanlagen, nicht nur der Telekom, können im Bereich der Geh-, Fahr- und Leitungsrechte verlegt werden.</p> <p>Auf den Leitungstrassen innerhalb der Geh-, Fahr- und Leitungsrechte ist keine Baumpflanzung vorgeschrieben.</p> <p>Der Hinweis auf die Notwendigkeit einer zukünftigen Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit ist richtig. Entsprechende Regelungen können in einem Bauleitplanverfahren nach den Rechtsvorschriften des Baugesetzbuches nicht vorgegeben oder festgesetzt werden. Die Festsetzung eines Geh-, Fahr- und Leitungsrechtes impliziert aber, dass entsprechende Dienstbarkeiten zur Sicherung der Leitungsrechte einzutragen sind. In die Begründung werden noch entsprechende Hinweise aufgenommen, damit die Grundstückseigentümer auf diese Sachlage vorbereitet sind.</p>

**Zusammenstellung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und der Privatpersonen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
zum Bebauungsplanes Nr. 36 der Gemeinde Osterrönfeld**

vom: 05.08.2013

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Diese Kennzeichnung alleine begründet das Recht zur Verlegung und Unterhaltung jedoch noch nicht. Deshalb muss in einem zweiten Schritt die Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit im Grundbuch mit folgendem Wortlaut: „Beschränkte persönliche Dienstbarkeit für die Telekom Deutschland GmbH, Bonn, bestehend in dem Recht auf Errichtung, Betrieb, Änderung und Unterhaltung von Telekommunikationslinien, verbunden mit einer Nutzungsbeschränkung“ erfolgen. Vor diesem Hintergrund weisen wir vorsorglich darauf hin, dass wir die TK-Linien nur dann verlegen können, wenn die Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit zu Gunsten der Telekom Deutschland GmbH, Sitz Bon, im Grundbuch erfolgt ist.</p> <p>Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet der Deutschen Telekom Technik GmbH unter der im Briefkopf genannten Adresse so früh wie möglich, mindestens 2 Monate vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden.</p> <p>Abwasserzweckverband Vom 11.07.2013</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und als Information für die zukünftigen Bauherren noch in die Begründung eingearbeitet.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Bei dem B-Plan 36 handelt es sich um eine rückwärtige Bebauung mit ca. acht Wohneinheiten, die über drei Geh-, Fahr- und leitungsgerechte (GFL) von der Straße Am Kamp erschlossen werden sollen.</p>	<p>Alle Hinweise dieses Schreibens werden zur Kenntnis genommen. Die Aussagen werden noch in die Begründung eingearbeitet, um die zukünftigen Bauherren und Grundstückseigentümer auf die Notwendigkeiten bei der Planung der Abwasserbeseitigung aufmerksam zu machen.</p>
<p>Bei Anschluss von mindestens zwei Häusern verlegt der AZV in GFL-Rechten öffentliche Kanäle, von denen die Hausanschlussleitungen abgehen. Die Eintragungen der GFL-Rechte müssen zu Gunsten der Entsorger erweitert werden. Die GFL-Wege sollen so erstellt werden, dass sie von einem 40-t-Fahrzeuge befahren werden können.</p>	
<p>Hinweise zur Erschließung: Der Schmutzwasserkanal in der Straße Am Kamp ist ausreichend dimensioniert und hat eine Tiefe von ca. 2,2 bis 2,5 m. Sollte das Gelände im hinteren Bereich der Bebauung nicht stark abfallen, kann davon ausgegangen werden, dass ein Anschluss im freien Gefälle möglich sein wird. Dies ist im Rahmen der Erschließungsplanung zu prüfen. Ansonsten wird der Einsatz von Kleinpumpwerken erforderlich. Baulich werden drei Anschlusschächte in der Straße Am Kamp sowie ca. 180 m Freigefällekanal DN 150 mit Kontrollschächten erforderlich. Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.</p>	

**Zusammenstellung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und der Privatpersonen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
zum Bebauungsplanes Nr. 36 der Gemeinde Osterröfnfeld**

vom: 05.08.2013

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Dr.-Ing. R. Konowalczyk Vom 12.06.2013</p> <p>Herr Dr. Konowalczyk bittet um folgende Änderungen:</p> <p>1. Die nordöstliche Ecke des Flurstückes 75/23 sollte ins Baufeld mit einbezogen werden.</p>	<p>Der festgesetzte 5 m breite Gehölzstreifen dient in erster Linie dem Zweck der Ortsrandgestaltung und damit der Einbindung baulicher Anlagen und der Wohnnutzung gegenüber der sog. Nördlich angrenzenden ‚freien Landschaft‘ sowie dem Erhalt naturnaher Gehölzstrukturen und damit der Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen im Sinne der Eingriffsregelung. Die Breite des Gehölzstreifens orientiert sich in erster Linie an dem bestehenden Gehölzstreifen auf dem Flurstück 75/24 mit der dort bereit vorhandenen und genehmigten Wohnbebauung an der nördlichen Grenze des Geltungsbereiches. Aus Gründen der Gleichbehandlung wird die Breite als ausreichend und verhältnismäßig bewertet.</p> <p>Zusätzlich muss die Baugrenze 3 m Abstand von diesem Pflanzstreifen halten, damit eine gute Entwicklung der dortigen Pflanzbestände in Zukunft gewährleistet werden kann und störende von der Bebauung ausgehende Randeffekte vermieden werden können.</p> <p>Bei Einbeziehung der genannten nord-östliche Ecke würden die o.g. Funktionen zumindest punktuell erheblich gestört.</p> <p>Da die für Neubebauung zur Verfügung stehenden Grundstücksfläche groß genug ist, so dass sogar mehrere Neubauten realisiert werden können, kann dem Grundstückseigentümer auch zugemutet werden, die geplanten Neubauten auf den Grundstücksflächen so anzuordnen, dass der Grünstreifen in voller Breite berücksichtigt wird. Die vorhandenen Bauflächen sind ausreichend groß bemessen, so dass auch die notwendigen Grenzabstände für die Neubebauung untereinander eingehalten werden können.</p> <p>Zusammenfassend sind keine Gründe erkennbar, die es erforderlich machen, von den o.g. Planungszielen in der geforderten Weise abzurücken. Auch aus Gleichbehandlungsgrundsätzen wird die Forderung nach Einbeziehung der nordöstlichen Ecke daher zurückgewiesen.</p>

**Zusammenstellung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und der Privatpersonen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
zum Bebauungsplanes Nr. 36 der Gemeinde Osterrönfeld**

vom: 05.08.2013

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>2. In unserem Bauantrag Planung Laßen kommen wir mit GRZ < 0,25 hin. Jedoch nicht für die Nebenflächen, dort liegen wir bei zusätzlichen 0,22. In der Summe GRZ bei $0,235 + 0,22 = 0,455$. Das ist mehr als 50 % über 0,25.</p>	<p>Da zur Erschließung aller hinterliegenden Grundstücke relativ lange Auffahrtsbereiche entstehen und eine ausreichende Anzahl von Stellplätzen errichtet werden muss, wird eine textliche Festsetzung aufgenommen, die die Überschreitung der Grundflächenzahl für Zufahrten und Stellplätze bis zu einer Gesamthöhe einer Grundflächen von 0,50 zulässt.</p>
<p><u>Folgende Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit haben weder Anregungen noch Bedenken vorgebracht:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Amt Nortorfer Land für Gemeinde Emkendorf vom 24.06.2013 ○ Gemeinde Schacht-Audorf vom 09.07.2013 ○ Handwerkskammer Flensburg vom 08.07.2013 ○ Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein vom 22.07.2013 ○ Amt Jevenstedt für Gemeinde Jevenstedt vom 20.06.2013 ○ Amt Jevenstedt für Gemeinde Schülp b. Rendsburg vom 20.06.2013 ○ Amt Jevenstedt für Gemeinde Westerrönfeld vom 20.06.2013 ○ Bauernverband Schleswig-Holstein vom 25.06.2013 	